

Beschluss des Unterbezirksbeirates der SPD Region Hannover vom 15.9.2014

Keine Aushöhlung demokratischer Grundsätze durch Freihandelsabkommen!

Der Unterbezirksbeirat der SPD-Region Hannover begrüßt die jüngst getroffenen Aussagen des SPD-Europaabgeordneten Bernd Lange zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den Vereinigten Staaten von Amerika (TTIP). Dieser hat in seiner Funktion als neuer Berichterstatter des Europäischen Parlaments sogenannte „rote Linien“ für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gezogen und Bedingungen für die weiteren Verhandlungen benannt. So müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im jetzigen Verhandlungsstadium klar Flagge zeigen. Es darf nicht sein, dass Grundsätze unseres Rechtsstaates ausgehöhlt werden. Außergerichtliche Streitschlichtungsverfahren (ISDS) darf es nicht geben. Hiermit soll es Investoren ermöglicht werden, die EU oder ihre Mitgliedstaaten jenseits von „normalen“ juristischen Verfahren vor internationalen Schiedsgerichten direkt auf Entschädigungen für entgangene Gewinne oder Enteignungen zu verklagen. So könnten private Investoren gegen von souveränen Staaten erlassene Gesetze auch in den wichtigen Bereichen Gesundheit, Umwelt oder Verbraucherschutz vorgehen. Elementare Grundsätze unserer Demokratie können damit ausgehöhlt werden, so dass entsprechende Klauseln nicht Teil der Abkommen sein dürfen. In diesem Zusammenhang sind auch Regulierungsrate kein geeignetes Mittel.

Der Unterbezirksbeirat der SPD-Region Hannover hält deshalb fest:

1. Die oben dargestellte Position von Bernd Lange wird ausdrücklich unterstützt.
2. Alle Mandats- und Funktionsträger sowie Delegierte des SPD-Unterbezirks Region Hannover werden aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen gegen die Implementierung von außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahren bei den Freihandelsabkommen auszusprechen.
3. Die Delegierten für den Parteikonvent am kommenden Samstag werden aufgefordert, auf eine Beschlussfassung gem. Ziff. 2. hinzuwirken.
4. Darüber hinaus sollten in den weiteren Verhandlungen Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung als unverzichtbare Voraussetzung gelten. Nur so wird es möglich sein, in einem breiten Dialog mit der Zivilgesellschaft zu treten und für die Verankerung des europäischen Schutzniveaus z.B. im Rahmen der Umsetzung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu streiten.
5. Wir lehnen Angriffe auf die öffentliche Daseinsvorsorge, wie sie in den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und in dem Dienstleistungsabkommen TISA möglich würden, strikt ab.